

Große Worte um kleine Münzen

Die Anfragen an die Luxemburger Regierung werden von Tag zu Tag exklusiver: Auf die Rechtschreibreform folgt jetzt eine ernste Debatte um Ein- und Zwei-Cent-Münzen. Gleich zwei Abgeordnete, Aly Jaerling und Xavier Bettel, fordern vom Finanzminister, also Jean-Claude Juncker, eine persönliche Stellungnahme zum großen Problem der kleinen Euros. Die Luxemburger Handelskonföderation hat bereits im Mai diesen Jahres eine Umfrage zu dem Thema gemacht. Ergebnis: 71 Prozent der Einzelhändler seien für die Abschaffung der Ein- und Zwei-Cent-Münzen. Die letzten Monate interessierte das aber niemand. Doch jetzt füllt die Politik in ganz Europa das Sommerloch mit der Cent-Debatte. In Belgien prüft derzeit eine Arbeitsgruppe, ob die Verwendung von Kleingeld wirtschaftlich ist. Auch in Deutschland kocht die Diskussion um das Angleichen der Preise hoch. In den Niederlanden ist die Abschaffung der kleinen Münzen längst beschlossene Sache. In Finnland gibt es bereits seit Mitte 2002 ein "Rundungsgesetz", das auch für Kartenzahlungen gilt. Nur schade, dass solche finanztechnische Kreativität sich auf Cent-Probleme beschränkt. Kein Abgeordneter schlägt Herrn Juncker vor, wie er das drohende Millionen-Loch im Staatshaushalt stopfen soll. Wie wärs mit einer Extra-Steuer auf Rechtschreibfehler?

Energiepolitik: Warten auf den neuen Wind

Wie es mit der Förderung der erneuerbaren Energien weitergehe, insbesondere der Windenergie, wollte der CSV-Abgeordnete Marco Schank in einer Question parlementaire vom neuen Umweltminister wissen. Der Anspruch auf eine "prime d'encouragement" von 25 Cent pro kWh läuft zum Jahresende aus. Ohne diese Prämie seien künftige Anlagen nicht rentabel. Des weiteren sehen die Regelungen für Anlagen über 1.500 kW, wie sie derzeit in Heinerscheid entstehen, statt eines Förderstrompreises nur den Marktpreis vor. Schließlich sorgt sich der Abgeordnete um die Investitionshilfen: Das Wirtschaftsministerium betrachte die über den Förderstrompreis erzielten Mehreinnahmen als bereits gegebene Subvention. Von den Beihilfen, die maximal 50 Prozent der Gesamtinvestition betragen, bleibt dadurch wenig oder gar nichts übrig.

In seiner Antwort versichert Lucien Lux, er werde die künftigen Fördermaßnahmen im Herbst mit den betroffenen Akteuren abklären. Einen Förderstrompreis für größere Anlagen mochte der Minister nicht versprechen. Als Trost weist er darauf hin, dass die Heinerscheider Anlagen immerhin (noch) in den Genuss der "prime d'encouragement" kommen. Alles weitere müsse mit dem hierfür zuständigen Wirtschaftsminister abgesprochen werden. Amtsinhaber Jeannot Krecké hatte als Abgeordneter immer ein offenes Ohr für UmweltaktivistInnen. Er wird es nicht leicht haben, sich gegen die zuständigen Beamten durchzusetzen, die den erneuerbaren Energien skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen.

Mörderische Sittenwächter

Die 16-jährige Ateqeh Rajabi ist im Iran hingerichtet worden. Wegen "unkeuschem Verhalten" wurde die Jugendliche vor knapp zwei Wochen in der Stadt Neka öffentlich gehängt. "Das Mädchen hatte kein faires Gerichtsverfahren, konnte nie mit einem Anwalt sprechen", sagt Virginie Giarmana, Pressesprecherin von Amnesty International in Luxemburg.

Amnesty fordert eine sofortige unabhängige Untersuchung des Verfahrens gegen Rajabi. "Das Gericht hat völlig außer Acht gelassen, dass die 16-jährige anscheinend geistig behindert war", so Giarmana. Zudem seien die Gerichtsakten manipuliert worden. Das Alter der jungen Frau werde darin mit 22 Jahren angegeben.

Seit 1990 hat Amnesty International im Iran zehn Hinrichtungen Minderjähriger dokumentiert. Zwar hat das iranische Parlament im Dezember 2003 einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem das Mindestalter für die Todesstrafe auf 18 Jahre erhöht wird. Doch der fundamentalistische Wächterrat, höchstes legislatives Organ im Iran, blockiert das Gesetz bis heute.

*Beginn einer neuen
Revolutionsphase?
Der Ökonom und
Theologe Klaus
Vathroder aus Caracas
über die Bedeutung
der Niederlage
der Opposition im
Referendum zum
Präsidenten Venezuelas,
Hugo Chávez.*

**VENEZUELA**

"Nicht nur ein Sieg für Chávez"

Sind Sie nach dem Ergebnis des Referendums enttäuscht oder erleichtert?

Ich bin erleichtert. Ich sehe die boliviarische (im Namen des Befreiungskämpfers Simón Bolívar, Anm. d. Redakt.) Revolution zwar durchaus kritisch. Für die politische Stabilität der nächsten zwei Jahre dürfte das Ergebnis des Referendums jedoch vorteilhaft sein. Auch für die Opposition ist es gut. Sie hat sowieso kein Programm für die Zukunft. Sie machte den Fehler, sich auf das Referendum zu konzentrieren. Die einzige Botschaft war: Weg mit Chávez. Und das kam nicht an. Nach der Niederlage dürfte die Opposition nun zerfallen, was ich begrüße, denn es wird eine Selbstreinigung stattfinden. Chávez und seine MVR, die Bewegung der 5. Republik, haben ihre Position weiter gefestigt. Es wäre gut, wenn Chávez die Botschaft des Referendums verstehen und Teile der Opposition in sein Projekt einbeziehen würde.

Müsste die Opposition nicht erst einmal ihre Niederlage eingestehen und akzeptieren?

Vor allem im Ausland wird die Opposition als Einheit wahrgenommen, weil sie unter dem Namen Demokratische Koordination auftritt. Ich würde sie jedoch nicht als Block ansehen. Es gibt eine Fraktion, der jedes Mittel recht ist. Es gibt aber auch demokratische Elemente, die die venezolanische Verfassung anerkennen. Die Gegner von Chávez wurden jetzt bitter enttäuscht. Obwohl die Umfragen vor den Wahlen ganz klar einen Sieg von Chávez anzeigten, waren seine Gegner auf dessen Niederlage eingeschworen worden. Sie bekamen somit ein falsches Ver-

ständnis von Demokratie vermittelt. Demokratie heißt, dass man eine Wahl auch verlieren kann. Viele Politiker der Opposition genießen nun kein Vertrauen mehr, deshalb denke ich, dass es Umgruppierungen geben wird. Die Opposition besteht aus konservativen, sozialdemokratischen und linken Parteien, die nun eigene Programme vorschlagen müssen.

Die wenigen Vorschläge aus den Reihen der Demokratischen Koordination beschränken sich auf Versprechen, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Kann die Opposition überhaupt eine politische Alternative zu Chávez formulieren?

Als Dachverband Demokratische Koordination sicherlich nicht. Der Zwang zu einer einheitlichen Position ist unheimlich stark. Da müssen liberale Parteien wie Primero Justicia und die sozialdemokratische AD versuchen zusammenzukommen. Das ist sehr schwer. Ich denke schon, dass eine inhaltliche Alternative entstehen muss.

Die Auseinandersetzungen wurden auf die Person Chávez bezogen geführt, was es ihm leicht gemacht hat, denn er mus-

ste nicht über seine Politik diskutieren, sondern konnte den Konflikt stets zu einer Grundsatzdiskussion über seine Person machen. Es würde dem Land gut tun, sich inhaltlich mit der boliviarischen Revolution auseinander zu setzen, ohne sich immer auf den Anführer Chávez zu konzentrieren.

Chávez gibt sich diskussionsbereit. Wie bewerten Sie seine Integrationsangebote an die Opposition?

Das Ergebnis des Referendums bedeutet nicht nur einen Sieg für Chávez. Es heißt auch, dass er über 40 Prozent Gegner hat. Der Weg des Dialogs ist jetzt wichtig. Chávez muss andere Sektoren der Mittelschicht und in den Barrios, wo übrigens teilweise die Mehrheit gegen ihn gestimmt hat, in sein Projekt einbeziehen. Die Opposition hat sich aber in eine schwierige Situation manövriert. Sie sagte schon vor dem Referendum, dass alles andere als eine Abwahl Chávez' Wahlbetrug sei. Daher fällt es ihr jetzt schwer, auf die Dialogangebote der Regierung einzugehen. Ich hoffe, dass die ganze Situation aufbricht. Auf regionaler Ebene arbeitet die Regierungspartei

mit der AD bereits zusammen. Ich bezweifle aber, dass dies auf nationaler Ebene passieren wird und dass Chávez dazu in der Lage ist. Er wird das Ergebnis sicher als Bestätigung seiner Politik begreifen und den Revolutionsprozess intensivieren.

Nicht alle Oppositionellen sind zum Dialog mit Chávez bereit. Politiker wie Carlos Andrés Pérez und Carlos Ortega favorisieren einen Putsch. Müssten solche Kräfte isoliert werden?

Auf alle Fälle. Die Opposition hat es nicht geschafft, sich von dem Staatsstreich 2002 und dem darauf folgenden Wirtschaftsboykott abzusetzen. Die Äußerungen von Andrés Pérez aus dem Exil in Miami, man müsse Chávez abknallen wie einen Hund und danach eine Diktatur errichten, um die Krise zu überwinden, wurden innerhalb der Opposition einfach geschluckt. Doch es gibt viele Leute, die sich unter anderen Bedingungen davon distanzieren würden.

Das Centro Gumilla gibt die Zeitung SIC und die kommunikationswissenschaftliche Zeitschrift Comunicación heraus, in denen Chávez' Politik debattiert wird. Anfangs überwog die Unterstützung, heute dominiert eine kritische Haltung. Woher kommt der Wandel?

Chávez trat mit der Idee der partizipativen Demokratie an und kreierte die neue Verfassung. Doch bei den Massenmeetings warten die Leute darauf, was Chávez sagt. Chávez ist das Volk. Er glaubt, keine Institutionen zu brauchen, um mit der Bevölkerung zu kommunizieren, da er zu wissen meint, was gut für sie ist. Auf kommunaler Ebene und in den Barrios sollte den Bürgern mehr Eigenverantwortung zugestanden werden. In den viel gelobten Basisorganisationen wird zwar viel diskutiert, aber wer sich nicht in die Bewegung eingliedert, hat es schwer, staatliche Unterstützung zu bekommen. Alles ist von oben her durchstrukturiert. Unsere Hauptkritik ist, dass er die partizipative Demokratie nicht wirklich fördert.

Sind die Sozialprogramme nicht dennoch eine Hilfe für die Bevölkerung?

Die Gesundheits- und Bildungsprogramme oder die Unterstützung der Kooperativen sind zwar sinnvoll, bringen aber keine nachhaltige Entwicklung. Der Staat kann diese Projekte finanzieren, solange er Geld hat, aber in dem Moment, in dem die Einnahmen aus dem Erdölverkauf zurückgehen, müssen die Programme ebenfalls zurückgefahren werden. Im Bildungssystem werden parallele Strukturen geschaffen, notwendig wäre jedoch eine grundlegende Reform. Es ist natürlich besser, wenn der Reichtum aus dem Erdölverkauf in die Sozialprogramme fließt statt zu versickern. Auf lange Sicht ist das aber keine Lösung.

Interview:
Simón Ramírez Voltaire

*Simón Ramírez Voltaire ist
Politologe und freier Journalist.
Er lebt in Berlin.*

Zur Person:

Der deutsche Ökonom und Theologe Klaus Vathroder lebt seit 1991 in Venezuela. Der Jesuitenpater ist Direktor der 1968 gegründeten Fundación Centro Gumilla in Caracas. Dieses Zentrum "für Forschung und soziale Aktion" hat zum Ziel, die ökonomische und politische Situation im Land zu analysieren und Entwicklungsalternativen vorzuschlagen. Die Analysen werden unter anderem in den Zeitschriften "SIC" und "Comunicación" publiziert. Das Zentrum unterstützt unter anderem diverse Selbsthilfeorganisationen in den Barrios von Caracas.